

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michu.  
Wien, 1., Neues Rathaus.

## 1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 16. Oktober 1919, Nr. 411.

**Verkauf von städtischen Elektrobussen.** Im Stadtrat berichtete StR. Schorsch über den Verkauf von 13 elektrischen Kraftstellwagen der ehemaligen Linie Stefansplatz - Volksoper an Ingenieur Goldberger in Bukarest. Der Kaufpreis beträgt 250.000 K ist gleich 95.000 Lei. Der Stadtrat stimmte dem Antrage des Referenten, dass der Kaufpreis in Lei erlegt werden soll, zu.

**Kartoffelausgabe.** Freitag bis Montag werden im 2., 14. und 15. Bezirk 1/2 kg italienische Kartoffeln zum Preise von K 3.55 gegen Abtrennung des Buchstabens „P“ der Kartoffelkarte abgegeben.

## 2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 16. Oktober 1919, Nr. 412.

**Die allgemeine Wohnungsaufnahme.** In der heutigen Stadtratsitzung referierte StR. Dr. Scheu über die allgemeine Wohnungsaufnahme und führte aus: Wie bekannt ist, wurde eine allgemeine Wohnungsaufnahme beschlossen. Dabei wird es sich im wesentlichen um eine registrierende Tätigkeit der Kommissionen handeln. Wir sind nämlich nach langen Beratungen zu dem Resultate gekommen, dass den Kommissionen kein Entscheidungsrecht zubilligen sei, sondern dieselben werden nur die Wohnungsaufnahme zu verzeichnen haben, und zwar aus dem Grunde, weil damit auch eine Art statistische Erhebung Platz greifen soll. Sie haben die Wohnungen in statistischen Tabellen zu registrieren, aus denen man dann sich eine Meinung bilden wird können, ob die Anforderungsmöglichkeit für eine Wohnung gegeben ist oder nicht. Damit aber die Arbeit der Kommissionen nicht eine anscheinlich aufzeichnende ist, ist vorgesehen, dass eine Art abgekürztes Verfahren eintreten kann in jenen Fällen, wo die Kommissionen einstimmig der Ansicht sind, dass eine Anforderungsmöglichkeit gegeben ist. Wenn nämlich eine Wohnung als geeignet für die Anforderung erkannt wird, so soll diese Wohnung in den Tabellen gekennzeichnet werden und diese so gekennzeichneten Aufnahmestellen werden dann dem Wohnungskommissär zur beschleunigten Erledigung übergeben. Das geschieht selbstverständlich nur in einzelnen Fällen, im allgemeinen ist die Tätigkeit der Kommissionen eine registrierende. Die Zusammensetzung der Kommissionen hat ebenfalls lange Beratungen zur Folge gehabt. Das Wohnungsamt hat vorgeschlagen, dass die Kommissionen aus einem städtischen Beamten oder Lehrer als Kommissionsleiter, aus einem Mitgliede des Arbeiterrates und einem Vertreter der Hausbesitzerorganisation bestehen sollen. Ich beantrage, dass an Stelle des Vertreters der Hausbesitzerorganisation ein Mitglied der Bezirksvertretung berufen werde, und zwar aus dem Grunde, weil die Bezirksvertretung das moralische Recht hat und berufen ist an der Wohnungsaufnahmekommission teilzunehmen und ein Wort dabei mitzureden und weil die Bezirksvertretungen schon im Anforderungsverfahren interveniert haben und daher in dieser Sache schon eine gewisse Praxis haben. Die Teilnahme eines Mitgliedes der Hausbesitzerorganisation ist überhaupt nicht gerechtfertigt. Denn nicht die Hausbesitzer werden von den Anforderungen in schwerer Masse berührt, sondern die Wohnungsinhaber. Der Wohnungsinhaber hat das grösste Interesse daran, dass die Kommissionen gerecht und unparteiisch zusammengesetzt sind und die unparteiische Zusammensetzung gewährleistet in diesem Falle ein Mitglied der Bezirksvertretung als ein Vertreter der Hausbesitzerorganisation. Der Standpunkt der

Hausbesitzer wird nämlich dadurch in weitestgehender Masse gewahrt, dass er bei der Kommission, die ihn bzw. sein Haus betrifft, intervenieren muss.

Ich glaube daher mit ruhigen Gewissen diese Zusammensetzung der Kommissionen verschlagen zu können. Was die Zuziehung des Mitgliedes des Arbeiterrates betrifft, so stimme ich vollkommen mit dem Antrage des Wohnungsamtes überein, dass ein solches Mitglied zuzugezogen werden soll. Die Zuziehung hat ihren Grund darin, dass die Arbeiterräte den Standpunkt des Wohnungsuchenden repräsentieren. Sie repräsentieren jene Gruppen der Bevölkerung, welche am stärksten unter der Wohnungsnot leiden und man kann daher von ihnen erwarten, dass sie am intensivsten das Interesse der Wohnungsuchenden Bevölkerung vertreten. Was die Bezahlung anbelangt, so wurde vorgesehen, dass den Leitern der Kommissionen eine Entschädigung von 15 K für den halben Tag und von 30 K für den ganzen Tag zuerkannt wird. Den übrigen Kommissionsmitgliedern soll eine Vergütung nur dann zugesprochen werden, wenn sie nachweislich einen Verdienstentgang haben. In diesem Falle gebühren ihnen die Entschädigungen der Kommissionsleiter. Eventuell kann ihnen auch eine Vergütung von 20 K für den halben und von 40 K für den ganzen Tag zuerkannt werden, wenn sie einen grösseren Verdienstentgang haben sollten. Was die Durchführung betrifft, so wurden Fragebögen ausgearbeitet, in welchen die Wohnungen geschätzt und in allen Details genau gekennzeichnet werden. Die Aufnahme wird von ungefähr 200 Kommissionen durchgeführt werden. Es wurden nämlich 2 Brotkommissionssprengel in eine Aufnahmekommission zusammen gezogen. Ueber die Dauer der Aufnahmen lässt sich vorläufig nichts Bestimmtes sagen. Die Aufgabe der Kommissionen ist eine große. Es müssen 550.000 Wohnungen begangen werden und das erfordert immerhin geraume Zeit. Die ganze Aktion rechtfertigt sich aus dem Standpunkte einer Notstandsaktion damit nicht eine Wohnungspolitik inauguriert werden, sondern der Bevölkerung sollen durch diese Erhebungen wenn möglich neue Wohnungen zugeführt werden. Die Aktion wird auch von der Bevölkerung gebilligt, ja sie wurde von ihr geradezu gefordert. Würde unter der Bevölkerung mehr Gemeinsinn herrschen und mehr soziales Empfinden, das heisst, würden überzählige Wohnungen aus freien Stücken abgegeben werden, so wäre die diese Aktion überflüssig. Leider ist es aber nicht der Fall.

Die Kosten der Aktion belaufen sich auf 650.000 K.

StR. Dr. Klaböck betonte, dass die christlichsoziale Partei wiederholt erklärt habe, dass die Wohnungsaufnahme eine zweckmässige ja notwendige Massregel sei. Wir haben deshalb auch hervorgehoben, dass wir für eine objektive behördlicherseits vorgenommene Aufnahme sind. Wie diese aber jetzt durchgeführt werden soll, so muss ich sagen: Jetzt ist der Moment eingetreten, wo sich die Herren von der Mehrheit darüber werden entscheiden müssen, ob ein weiteres gewöhnliches Zusammenarbeiten möglich ist oder nicht. Ich habe wiederholt schon darauf hingewiesen, dass jede Heranziehung von Arbeiterräten für Verwaltungsaufgaben ein äusserst bedenklicher Vorgang ist, nicht nur von Standpunkte einer Partei, sondern von Standpunkte dieses armen, elenden Staates. Es ist wiederholt auch von Ihrer Seite zuletzt erst vom Bürgermeister in der Länderkonferenz in erschütternder Weise darauf hingewiesen worden, wie sehr bereits anarchische Zustände bei uns Platz gegriffen haben, wie jeder tut, was er will und dass es in einem geordneten Staate unmöglich ist eine solche Wirtschaft weiter zu dulden. Und jetzt in dieser Zeit lassen Sie hier ein Referat erstatten, dass die Arbeiterräte in die Wohnungsaufnahmekommissionen eingegliedert werden und aus städtischen Mitteln bezahlt werden sollen. Ich kann nur annehmen, dass Ihnen die volle Tragweite Ihres Schrittes nicht gegenständlich ist. Ihr Vorgehen muss neuerlich einen äprämierenden, ja geradezu verzweifelten Eindruck auf die ganze Öffentlichkeit des In- und Auslandes machen. Wir haben bereits aus den Zeitungen erfahren, dass die Arbeiterräte ihre Zuziehung zu den Kommissionen verlangen, und Sie laugen sich natürlich diesen Diktate. Ich erkläre Ihnen namens meiner Partei, wenn Sie diesen Antrag zum Beschlusse erheben, dann werden wir noch

einmal darüber beraten ob wir in dieses Haus noch weiter herein gehen. Wenn Sie solche Absichten verwirklichen wollen, so müssen Sie die Verantwortung dafür allein tragen, wir tragen eine solche Verantwortung nicht. Wenn Sie Ihren Beschluss durchführen und Steuergelder zur Aufrechterhaltung Ihres Arbeiterrates verwenden, so dokumentieren Sie damit, dass Sie eine Klassenherrschaft etablieren und sämtliche Angehörigen des Klassenkampfes von der Verwaltung ausschliessen. In Gegensatz zu Ihnen verlangen wir, dass die Aufnahme der Wohnungen nur durch behördliche Organe erfolgt.

Redner nahm sodann noch Stellung gegen die Zusammensetzung der Kommissionen bezüglich des Vertreters der Hausbesitzer, dem er das Recht der Mitwirkung an den Kommissionen zubilligt und schloss. Wenn Sie tatsächlich in dieser Weise vor den Arbeiterrat kapitulieren wollen, so tun Sie es. Dann sperren Sie aber auch das Rathaus einfach zu und übergeben die dem Magistrat dem Arbeiterrate.

StR. Körber führte aus: Auch ich kann die Durchführung der Wohnungsaufnahme nur begrüssen; was ich aber nicht begrüssen kann, das ist die Zusammensetzung der Kommission. Ich stehe auf dem Standpunkte, dass diese Wohnungsaufnahme eine Antschädigung ist und dass diese Antschädigung nur durch Amtorgane durchgeführt werden darf. Die Begründung dafür, dass auch Arbeiterräte in diese Kommissionen aufgenommen werden, ist soweit sie vom Referenten gegeben wurde, durchaus ungenügend. Der sogenannte gute Instinkt der Arbeiterräte für derartige Dinge ist vollkommen unzureichend und ich hätte schon erwartet, dass Dr. Scheu eine bessere Begründung hierfür gefunden hätte. Im übrigen kann ich mich der Meinung nicht verschliessen, dass Sie so wie Graf Karolyi, als er keinen Ausweg aus seiner trostlosen Lage mehr gefungen hatte, die Macht den Kommunisten übergab, auch Sie jetzt dazugehen, den Räten die Verwaltung in die Hände zu schieben.

StR. Vaugoin: Ich glaube, dass die geplante Wohnungsaufnahme den Zweck hat, den vielen ambulanten Kommissionen, die wir in der letzten Zeit angetroffen haben, ein Ende zu bereiten. Es ist klar, dass die Wohnungsaufnahme auf eine rationellere Weise durchgeführt werden muss, als dies bisher der Fall war. Es fragt sich aber, ob dies bei der vorgelagerten Form der Fall ist. Diese Kommissionen sollen nach dem Berichte des Referenten 650.000 K Kosten verursachen, ich glaube aber kaum, dass wir mit diesen 650.000 K das Anlangen finden werden. Die Zuziehung der Arbeiterräte muss ich als merkwürdig bezeichnen.



Warum nehmen Sie nur die Arbeiterräte? Wir haben ja so viele Räte! Wir haben den sozialdemokratischen Arbeiterrat, den christlichsozialen Arbeiterrat, den Bürgerrat, den Ständerat, den Gewerberat, den Eltererrat u.s.f. und jeder dieser Räte hat gesetzlich soviel und so wenig Recht bei diesen Kommissionen zu fungieren. Das geht aber natürlich nicht, weil die Kommissionen dadurch viel zu umfangreich würden und die Kosten nicht 600.000 sondern 6 Millionen Kronen betragen würden. Auf diese Weise darf aber mit Gemeingeldern nicht gewirtschaftet werden. Ich werde es Ihnen aber sagen, warum Sie nur die Arbeiterräte zu diesen Kommissionen beiziehen: Weil der Arbeiterrat dies so beschlossen hat und weil Sie nicht den Mut besitzen, dem Beschlusse des Arbeiters zuwiderzuhandeln. Deshalb müssen wir auch uns dagegen weigern, dass den Kommissionen die Arbeiterräte als Vertreter einer politischen Partei angehören. Ich kann mich den Ausführungen des StR. Dr. Kleinböck nur anschliessen, dass eine solche Massnahme für uns die grössten Konsequenzen haben würde. Das ist kein Kampf gegen die Arbeiterräte, sondern ein Kampf gegen die immer grösser werdenden Einflüsse von Parteien auf die Verwaltung des Staates, welche dadurch den schwersten Schaden erleidet. Ich kann Ihnen aber auch sagen, dass sich die Bevölkerung diesen Hausfriedensbruch und ein solcher muss die Teilnahme der Arbeiterräte an den Kommissionen genannt werden, nicht gefallen lassen wird.

StR. Speiser: Ich meine, dass die geäusserten Besorgnisse gegen die Teilnahme der Arbeiterräte an den Kommissionen in einer Weise übertrieben worden sind, dass sie nicht geeignet sind, uns in unserem Willen irre zu machen. Ich weiss ganz gut, dass die Arbeiterräte auf die Schichten der Bevölkerung, welche die Herren von der Gegenseite zu vertreten haben, wie ein rotes Tuch wirken. Ich glaube aber, dass diese Angelegenheit rein sachlich behandelt werden müsse. Eine solche Kommission braucht Hilfsorgane und diese Hilfsorgane sollen eben die Arbeiterräte sein. Die Kommission wird ja nicht dem Einfluss der Arbeiterräte ausgeliefert sein, denn es nehmen ja an ihnen ausser den Arbeiterräten noch andere Personen teil, durch welche der Einfluss der Arbeiterräte bedeutend eingeschränkt wird. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir doch auch wissen, was in der Bevölkerung vergeht und möchte Ihnen in Erinnerung bringen, dass Sie in den Schichten der Bevölkerung, die wir vertreten, nicht so Wurzel gefasst haben wie wir. Es musste oft verändert werden, dass die Bevölkerung auf dem Gebiete des Wohnungswesens zur Selbsthilfe gegriffen hat. Die Wohnungsnot ist so gross, dass die Menschen, die von ihr betroffen sind, sich in einer grossen Aufregung befinden und dass meine Partei gar oft lindernd eingreifen musste. Dies wäre uns gar oft nicht gelungen, wenn wir nicht die Arbeiterräte gehabt hätten, die uns in unseren Bestrebungen unterstützt haben. Es ist also durchaus nicht richtig, wenn Sie sagen, dass die Arbeiterräte auch bei den Schichten der Bevölkerung, die uns nahe stehen, auf grossen Widerstand stossen. Es mag ja vorgekommen sein, dass durch die Arbeiterräte Missbräuche begangen wurden; wir wissen aber, dass diese Missbräuche bereits aus der Welt geschafft oder doch sehr eingeschränkt worden sind. Wir werden durch die Beteiligung der Arbeiterräte an diesen Kommissionen sicher etwas erreichen. Die Arbeiterräte haben etwas für sich. Sie haben eine ganz besondere Arbeitslust und ein gewisses energisches Vorgehen, was gerade in diesem Fall sehr wirksam und notwendig ist. Die Arbeiterräte besitzen das Vertrauen der Bevölkerung und das wird es uns ermöglichen, dass das Ergebnis dieser Kommissionen von der Bevölkerung mit Vertrauen entgegengenommen wird. StR. Vaugoin hat das bekannte System angewendet, dass er die Kosten der Aktion so übertreibt, dass man die schwersten Befürchtungen hegen müsste. Tatsache ist aber, dass wir keine besonders grosse Ueberschreitung des beantragten Kredites zu gewärtigen haben werden, dann wir haben es durchaus nicht notwendig auch andere Räte in diese Kommissionen aufzunehmen. Die Lehrer und Beamten von denen Sie immer reden, sind in den Arbeiterräten genau so gut vertreten, wie die Handarbeiter und in dieser

Beziehung bieten also die Arbeiterräte eine solche Zusammensetzung, dass in ihr alle Schichten des arbeitenden Volkes vertreten sind. Die Entschädigung, die den Arbeiterräten für ihre Mitarbeit geboten wird, ist nicht gross und das aufgewendete Geld wird sicherlich gut angewendet sein, wenn wir dadurch nur eine kleine Linderung der Wohnungsnot herbeiführen. Wir müssen so handeln wie es die von uns vertretenen Schichten der Bevölkerung verlangen, und deshalb müssen wir diejenigen in diese Kommissionen entsenden, die das Vertrauen der Bevölkerung besitzen.

StRin. Dr. Alma Seitz: Ich will mich vorerst mit der Wohnungsaufnahme selbst befassen. Ich würde wünschen, dass die Kommissionen nicht nur den Privatwohnungen in den Kreise ihrer Tätigkeit entziehen, sondern auch die vielen Magazine und alles was unter diesem Titel geführt wird, sowie besonders die Räume, die von den liquidierenden militärischen Behörden in Anspruch genommen werden. Ferner glaube ich, dass sich die Kommission auch mit jenen Wohnungen befassen soll, die von den aus dem Osten Zugezogenen besetzt werden, damit endlich festgestellt wird, wieviele Wohnungen von solchen besetzt gehalten werden. Aus diesem Grunde ist es unmöglich, dass der Kommission irgend Jemand angehört, der selbst aus Ostgalizien zugereist ist. Es darf ferner niemand in der Kommission sein, der die Arbeitslosenunterstützung geleistet, denn es würde sicher nicht gut wirken, wenn jemand, obwohl er diese Unterstützung geleistet, aus einer anderen Beschäftigung irgendwelches Einkommen hat. Ich stehe vollkommen auf dem Standpunkt, dass diese Wohnungsaufnahme nur von durchaus hiesigen Kommissionen durchgeführt werden, denn die Anwesenheit des vertretenden Arbeiterrates gibt mir keinen Grund zu besonderem Vertrauen in diese Kommissionen. Es hat sich oft herausgestellt, dass die vielberühmte Energie dieser Arbeiterräte nichts anderes ist, als der grenzenlose Terror.

StR. Täubler: Ich bin der Ansicht, dass diese Aufregung durchaus nicht berechtigt ist. Warum muss diese Wohnungsaufnahme durchgeführt werden? Weil eben die Wohnungsnot so gross ist und weil wir suchen müssen Wohnungen zu finden, weil durch die Wohnungserhebungen festgestellt werden soll, wieviele Ausländer hier sind und von welchen wir die Wohnungen in Anspruch nehmen können. Er ist von einem Redner gesagt worden, dass diese Erhebungen kein allzu grosses Ergebnis zeigen werden und dass das Ergebnis nicht genügen wird, um die Wohnungsnot wenigstens einigermaßen zu lindern. Wir werden sicher im Winter Hunderte von Leuten haben, die keine Wohnung und kein Obdach besitzen. Und wenn wir diese Erhebungen von anderen Leuten durchführen lassen, so wird gesagt werden, dass die Wohnungserhebungen nicht ordentlich und in einwandfreier Weise durchgeführt wurden. Wenn wir aber die Arbeiterräte in den Kommissionen haben und bei jeder Wohnungserhebung ein Arbeiterrat anwesend war, dann werden die Leute das Vertrauen haben, dass im Interesse der Mieter und Wohnungssuchenden vorgegangen wurde. Eine andere Zusammensetzung der Wohnungskommission gibt uns nicht die Gewähr dafür, dass die Bevölkerung zum Ergebnis der Wohnungsaufnahme Vertrauen besitzt und die Ueberzeugung hat, dass wirklich alles geschehen ist, um der Wohnungsnot abzuwehren. Die Herren haben sich auch gegen die Anarchie ausgesprochen. Auch wir wollen die Anarchie verhindern, indem wir die selbstständigen Kommissionen der Arbeiterräte einschränken und beseitigen und die Arbeiterräte in die gegenwärtigen Reformen der Verwaltung einbeziehen. So ist es beim Kriegswuchersamt und beim Marktamt der Fall und dort wird sehr gut gearbeitet. Ich weiss, dass nicht alle damit einverstanden sind und besonders nicht damit, dass vor drei Tagen zum Sacher eine Kommission gekommen ist und dort Herren angetroffen hat, denen dies sehr unangenehm war. Uns geht es nicht darum, dass wir es allen Leuten Recht machen, sondern dass wir es der Mehrheit der Bevölkerung Recht machen. Wenn eine Volkszählung vorgenommen wurde, so hat man auch andere Leute den Kommissionen beigezogen. Es ist unrichtig wenn man erklärt, dass wir durch diese Kommissionen unseren Arbeiterratsapparat durch

Beziehung aufrecht erhalten wollen, denn diese Kommissionen sind ja nur etwas vorübergehendes. Das hat mit dem Apparat des Arbeiterrates nichts zu tun. Die Arbeiterräte werden bezahlt wie alle anderen Leute und 40 K im Tag ist sicher nicht zu viel. Es vollzieht sich bei dieser Gelegenheit allerdings etwas ganz anderes. Wenn früher solchen Kommissionen Privatleute herangezogen wurden, so wurden bürgerliche Elemente herangezogen, jetzt aber werden, entsprechend dem Ausgange der Wahlen, in diese Kommissionen eben Vertreter der Arbeiterschaft entsendet. Dass dadurch irgendwelche Anarchie hervorgerufen wird, kann nicht gesagt werden. Es geht alles in vollkommener Ordnung vor sich. Ich sehe nicht ein, warum man eine Zusammensetzung, die den Erfolg am besten verbürgt, bekämpft. Durch diese Gelegenheit kann aber auch den Arbeiterräten gezeigt werden, welche Grenzen den Arbeiterräten in der Mitarbeit bei der Verwaltung gezogen sind.

StR. Rummelhardt: Der Ausgang der Wahlen hat mir anscheinend bewiesen, dass die grösste Masse der Bevölkerung der Sozialdemokratie das Vertrauen geschenkt hat und ich sehe heute, dass die Bevölkerung nicht mehr den gewählten Vertretern, sondern den Arbeiterräten das Vertrauen schenkt. Ich sehe nicht ein, dass Sie zu den legal gewählten Vertretern noch illegal gewählte Vertreter heranziehen. Die grosse Masse der Bevölkerung haben die Mandatare hinter sich. Die Arbeiterräte sind aber nicht von der gesamten Bevölkerung gewählt, sie wurden nur parteimässig gewählt und da kann ich doch nicht behaupten, dass sie die grosse Masse der Bevölkerung hinter sich haben oder fassen Sie das so auf, dass die Bevölkerung zu den Beiräten und den gewählten Vertretern kein Vertrauen mehr hat? Wenn es so schlimm steht, dann haben wir alle keine Berechtigung mehr hier zu sitzen. Wenn sich heute der Wiener Stadtrat selbst das Zeugnis ausstellt, dass er nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung besitzt, dann haben wir sogar die Pflicht zu gehen. So steht aber die Sache noch lange nicht. Es gibt grosse Massen der Bevölkerung, die zu den Arbeiterräten kein Vertrauen haben. Die deutschen Eisenbahner, die aus der Tschechoslovakei ausgewiesen wurden und kein Obdach hier gefunden haben, sind an diesen Kom-



sionen an seinen Interessent. Diese Eisenbahnen sind keine Sozialdemokraten und keine Kommunisten. Wenn Sie sich also das Zeugnis ausstellen, dass Sie nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung besitzen, dann müssen wir gehen. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann haben wir aber nicht das Recht durch ein Hintertür die Arbeiterräte in die Verwaltung hereinzulassen. Die Arbeiterräte sind eine Institution, die von den höchsten Stellen des Staates als illegal bezeichnet wurden und ich sehe nicht ein, dass man diese illegale Institution zu Amtshandlungen heranzieht, die von Beamten allein vollzogen werden können. Sie haben mit der Verwendung der Arbeiterräte bei diesen Kommissionen eine neue prinzipielle Frage aufgeworfen. Solange kein neues Statut geschaffen wurde, dürfen sich die Arbeiterräte in die Verwaltung nicht einführen. Der Stadtrat muss sich auf den Boden der gesetzlichen Gemeindeverwaltung stellen, deshalb müssen wir auch gegen Ihren Antrag sein. Was den Vorwurf betrifft, dass ein Herr, der uns nahesteht, um 1/2 12 Uhr bei Sachser getroffen wurde, möchte ich Ihnen antworten, dass ich weiß, dass Arbeiterräte oft noch um 2 Uhr Früh in hellerleuchteten Räumen zu finden sind und sich dort einen guten Schweinestraten schmecken lassen. Mit solchen Dingen dürfen wir die Sache nicht verhindern. Die Frage dreht sich darum: Sie stehen auf dem Standpunkte, dass Sie die unzufriedenen Arbeiterräte in die Verwaltung einführen wollen und wir stehen auf dem Standpunkte, dass dies ungesetzlich ist und dass dadurch die Verwirrung in unserer öffentlichen Verwaltung nur noch bedeutend erhöht würde.

StR. Richter erklärte, dass er davon überzeugt sei, dass die Wohnungsermittlung nicht jenen Effekt haben werde, der von der grossen Masse der Bevölkerung erwartet werde. Wenn die Bevölkerung erwarte, dass dadurch viele Wohnungen ermittelt werden würden, die bisher nicht benutzt werden, so <sup>die Bevölkerung</sup> <sup>und</sup> <sup>sehr</sup> <sup>enttäuscht</sup> sein. <sup>(wahrscheinlich nicht eintreten)</sup> Die Wohnungskommissionen werden aber ein <sup>reichhaltiges</sup> <sup>statistisches</sup> <sup>Material</sup> erheben, das uns die Richtlinien für die kommende Wohnungspolitik geben wird. Wenn dagegen Einsprache erhoben wurde, dass Arbeiterräte zu den Kommissionen beigezogen werden, so hat man sich zur Begründung dieser Einsprache grosser Unbegründungen schuldig gemacht. Die Arbeiterräte sind die Vertreter der grossen Masse der Bevölkerung. Zu ihnen hat die Bevölkerung Vertrauen und darüber werden die Herren von der Gegenseite nicht hinwegkommen. Wir sind nicht dafür verantwortlich zu machen, dass die Bevölkerung kein Vertrauen zu unseren Bürokraten und zu den Behörden hat. Die Bevölkerung verlangt die Arbeiterräte und deshalb haben wir auf sie gegriffen. Wenn dann ferner gesagt wurde, dass es nicht angehe, den Arbeiterräten Entschädigungen aus öffentlichen Mitteln zu geben, so ist diese Behauptung ganz falsch. Erstens ist die Gemeinde zu solchen Erhebungen verpflichtet und zweitens tut man den Arbeiterräten damit keine Wohlthat. Die Arbeiterräte bringen durch die Mitwirkung ein Opfer, denn als Arbeiter verdienen sie sich mehr als die 40 K, die sie von der Gemeinde im besten Falle erhalten können.

StR. Dr. Kienböck betonte, dass der Arbeiterrat eine Institution ist, die die Aufgabe hat, den Klassenkampf durchzuführen und mit der gesetzlichen Gesellschaftsordnung aufzuräumen, womöglich auch die Diktatur des Proletariates schon jetzt zu inaugurieren. Es ist also eine ausgesprochene Kampforganisation. Das nicht zuzugeben, ist ein lächerliches Versteckenspielen. Es wäre viel vernünftiger, wenn man diese Tatsache zugab und wenn man dann sich über auch der Konsequenzen klar sein würde. Man muss, das diese Kräfte ringen. Wenn die Verwaltung nun vor ihnen zurückschreckt, dann hat sie ganz einfach vor ihnen kapituliert. So steht die Sache. Ich gehe gerne zu, dass die Bevölkerung kein Vertrauen zur Bürokratie hat, verbessern Sie daher die Bürokratie, Sie sind ja jetzt an der Verwaltung und lassen Sie sie nicht im Stich, so wie es jetzt von Ihnen geschieht. Wenn Sie das wirklich beschliessen, was Sie vorhaben, so ist das eine Freigabe des gesamten behördlichen Apparates. Leider muss ich noch immer sagen, dass Sie sich nicht klar darüber sind, was Sie vorhaben. Sie dürfen nicht vergessen, die gesamte Bevölkerung schaut gespannt auf das, was in diesem Staate geschieht, nicht nur das Inland, sondern auch das Ausland. Dass das Ausland über Ihr Vorgehen nicht entzückt sein wird, darüber ist wohl keine Frage. Mit diesen solchen Schritte geben Sie einfach jede staatliche Ordnung preis.

Fassen Sie also den Beschluss, wir werden den Saal verlassen, wir werden ja sehen, auf welcher Seite die Bevölkerung stehen wird.

StR. Sirotek ist mit den Anträgen des Referenten einverstanden. So glaubt die Sache sei nicht so tragisch zu nehmen, als sie von den Christlichsozialen genommen werde. Die Arbeiterräte hätten in der letzten Zeit tatsächlich mehr geleistet als die Behörden. Den einen Wunsch habe er vorzubringen, dass man auch der tschechoslovakischen Staatsbürgern Wohnungen vermitteln. Es komme nämlich wiederholt vor, dass von Tschechen Wohnungen ausfindig gemacht werden, diese ihnen aber nicht gegeben werden, wennes bekannt werde, dass der Mieter ein Tscheche sei. Dieser Uebelstand müsse beseitigt werden.

StR. Haider gab der Mehrheit zu bedenken, dass ausser Sozialdemokraten auch noch andere Kreise der Bevölkerung vorhanden seien, die damit nicht einverstanden sein werden, dass man Arbeiterräte den Kommissionen beziehe. Den Ansichten dieser Bevölkerungskreise müsse aber auch Rechnung getragen werden. Wenn sich Redner die Zusammenstellung der Kommissionen vor Augen halte, so müsse er sagen, dass sie einen ausgesprochen parteipolitischen Charakter haben. Die Bezirksräte, die mitwirken, werden Ihrer Partei sein, ebenso die Arbeiterräte, es sind also ausgesprochen parteipolitische Kommissionen. Das braucht sich die übrige Bevölkerung nicht gefallen zu lassen, insbesondere braucht sie es sich nicht gefallen zu lassen, dass sie von diesen Kommissionen vollständig ausgeschaltet wird. Redner appellierte deshalb noch mals an die Majorität, sich die Sache nochmals gründlich zu überlegen.

Bmg. Reumann: Der unmittelbare Vorredner habe gesagt, dass man parteipolitische Organisationen nicht dulden könne. Alles, was ins Leben gerufen wird durch die Beschlüsse einer Majorität, hat einen parteipolitischen Anstrich. Das war so, als Sie in der Majorität waren und das ist heute so, wo wir die Mehrheit haben. Es ist daher nicht unbegreiflich, dass in einem gewissen parteipolitischen Sinne die Zusammensetzung der Kommissionen stattfindet. Was die Kommissionen betrifft, so ist damit durchaus kein Novum geschaffen worden. Sie bestehen eigentlich schon und zwar bestehen sie als Wohnungsanforderungskommissionen, die sich gebildet haben, nachdem vorher eine ganze Reihe von Wohnungsanforderungen stattgefunden hat, die wirklich nicht im Interesse der Gesamtbevölkerung gelegen waren. Es waren dies wilde Anforderungen. Und diese wilden Anforderungen in ein System zu bringen, war das eifrigste Bemühen jener Kreise, die sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatten und haben. Wenn Sie fragen, ob diese wilden Anforderungen notwendig waren, so muss ich sagen, dass das, was auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes vorgekommen ist, in der Tat dazu geeignet war, solche wilden Anforderungen hervorzurufen, ja dieselben zu züchten. Es hat ein wahrer Wucher mit Wohnungen stattgefunden. Und das empörte die Arbeiterschaft in solcher Masse, dass sie zur Selbsthilfe griff. Wenn also diese Selbsthilfe eingetreten ist, so haben sie jene Faktoren verschuldet, welche dazu beigetragen haben, dass es zu diesen Zuständen auf dem Wohnungsmarkte gekommen ist. Ich erinnere daran, dass in der letzten Zeit keine leerstehende Wohnung zu bekommen war, wenn man nicht auch die Möbel mitkaufte. Es musste also eine unglaublich hohe Prämie für eine Wohnung gezahlt werden. Und da wundert Sie sich, wenn sich das Proletariat zusammenschliesst und sagt, wir müssen diese Zustände mit aller Wucht bekämpfen und wir verlangen Massnahmen, die bessere Verhältnisse schaffen. Wenn dann ferner gesagt wurde, dass der Arbeiterrat eine ausgesprochene Organisation zum Kampfe für die Diktatur des Proletariates ist, so ist das völlig unrichtig. Wenn die Arbeiterräte eine solche Mission hätten, dann hätten die Arbeiterräte schon längst Gelegenheit gehabt, diese ihre Aufgabe zu erfüllen und zwar zu einer Zeit, wo die Möglichkeit der Erfüllung viel näher gelegen war. Sie haben es aber nicht getan. Es mag möglich sein, dass einmal eine Diktatur notwendig sein wird, aber das, was bisher nicht durchgeführt wurde, war für uns eine Existenznotwendigkeit. Und infolgedessen haben die Arbeiterräte dahin gewirkt, dass für uns eine Situation eingetreten ist, die nun die Existenzmöglichkeit geschaffen hat. In dieser Hinsicht haben sich also die Arbeiterräte weit mehr Verdienste erworben als sämtliche bürgerliche Parteien zusammen. Und jetzt, wo es den Bestrebungen des Arbeiterrates gelungen ist,....

(StR. Dr. Kienböck: Wir sind schon genug zumande gerungen. Durch den Arbeiterrat? Das ist auch wieder ein gänzlichem Verkennen der Verhältnisse. (Zwischenruf) StR. Dr. Kienböck hat auch darauf hingewiesen, dass in der Länderkonferenz von Anarchie gesprochen worden sei. Das ist richtig, aber das bezog sich auf die Anarchie in der Verwaltung. Die Handelsverträge z. B. haben nicht die Räte geschlossen, die Abperrung der Länder ist nicht durch die Räte durchgeführt worden, sondern durch die Verwaltung, die Einhebung von hohen Gebühren, von förmlichen Ausfuhrzöllen ist nicht von den Arbeiterräten eingeführt worden, sondern von der politischen Verwaltung. Und diese Leute waren hauptsächlich Angehörige der bürgerlichen Kreise. Und die Räte sind diejenigen, die Massnahmen gegen das, was sich die Verwaltungsleute und die anderen, die ihnen dabei behilflich waren, geleistet haben, forderten. Wenn dann weiter angeführt wurde, dass ein ganzer Eisenbahnzug mit Lebensmitteln für Wien aufgehalten wurde, so ist er nicht von Räten aufgehalten worden, sondern von Eisenbahnbediensteten. Gerade auf der Länderkonferenz haben wir gesehen, dass die Anarchie nicht von den Räten heraufbeschrieben wurde, sondern von ganz anderen Leuten. Und das Vorgehen der Räte ist in der Mehrzahl der Fälle zweifellos ein solches, das die weitgehendste Unterstützung finden soll. Sie (zu der Mehrheit gewendet) haben also keinen Grund zu sagen, dass Sie durch unser Vorgehen so verletzt worden sind, dass Sie mit uns nicht mehr arbeiten könnten. Sie haben uns wiederholt den Krieg angekündigt. Ich kann nichts dafür, wenn die Herren Christlichsozialen sich gegenwärtig auf den Kriegspfade befinden, ich kann dagegen nichts machen, aber eine tiefliegende Ursache haben Sie für ihr Verhalten nicht, Sie werden daselbe der Bevölkerung vergeblich zu erklären versuchen.

Was die Aufgabe der Kommissionen betrifft, so haben in der Hauptsache nichts anderes zu tun als eine statistische Aufnahme zu machen, über die Zahl der Wohnungen etc. damit man sieht, ob noch welche vermietbare Wohnungen vorhanden sind. (Zwischenruf: Diese Aufnahmen machen Beamte auch!) Warum sollen wir jetzt auf einmal jemanden ausschalten, der bereits in dieser Angelegenheit eine lange Tätigkeit hinter sich hat. Die Arbeiterräte sind einfach früher aufgestanden als die Herren Christlichsozialen. Auch die Herren Christlichsozialen hätten in Bezug auf die Wohnungset schon längst Massnahmen treffen können, sie haben es aber nicht getan. (Zwischenruf: Die Arbeiterräte sind sehr legal gewählte Funktionäre der sozialdemokratischen Partei. Sie werden nunmehr mit den Beamten und den legalgewählten Bezirksräten zusammenwirken, um Feststellungen zu machen wie der Wohnungsmarkt beschaffen ist, um festzustellen, welche Ansprüche von Wohnungen vorhanden sind etc. Diese Aufgabe werden Sie zweifellos in ganz einwandfreier Weise lösen und wir werden ein übersichtliches Bild über die Verhältnisse am Wohnungsmarkt erhalten. Wenn früher gesagt wurde, dass man Behörden allein zu den Erhebungen heranziehen solle, so muss ich sagen, dass sich gerade die Arbeiterräte im Vereine mit den Behörden bei Erhebungen schon ganz besonder bewährt haben. Ich verweise nur auf das Kriegswucherant. Da ist man sogar soweit gegangen, dass man den Arbeiterräten entsprechende Vorträge gehalten hat um sie in der Sache zu informieren und das Zusammenarbeiten der Arbeiterräte mit den behördlichen Vertretern hat überraschende Erfolge gezeitigt. Das Kriegswucherant hat sich zu einer Institution herausgebildet, mit der wir vollauf zufrieden sein können. Gerade durch das Kriegswucherant wurde z. B.

3



Die Anarchie bekämpfend auf den Lebensmittelmärkten zahlreiche anarchoische Zustände - eingedämmt oder ganz ausgeglichen. Es wird die Wahrheit die Verhältnisse und von diesem Gesichtspunkte aus dürfen wir nicht eine solche abrasive Haltung in dieser Frage einnehmen. Ferner würde auch geschildert werden, dass es nicht am Platze sei, wenn städtische Gelder für diese Zwecke aufgewendet werden. Auch ist es unrichtig. Wir haben die Verpflichtung dass städtische Gelder für die Anforderung von Wohnungen aufgewendet werden. Und wenn dann gar von einer freudlosen Aufwendung von städtischen Geldern gesprochen wurde so ist das eine arge Übertreibung. Sie haben sich überhaupt in einer ganzen Reihe von Übertreibungen bewegt und wenn Sie diese Übertreibungen fallen lassen, dann können Sie selbst darauf, dass der Lärm den Sie machen durchaus nicht berechtigt ist. Ich bitte Sie die ganze Angelegenheit objektiv zu prüfen und Sie werden sehen, dass der Vorgang, der da eingehalten wird, ein solcher ist, der im Interesse der gesamten Bevölkerung gelegen ist. Wenn Sie die Sache nicht durch die Parteilinien sich anschauen, wo werden Sie dieselbe für ganz gut finden. Es würde auch behauptet, dass die Zustimmung der Arbeiterräte die Entente gegen uns verschmüpfen werde. Auch das ist zweifellos nicht richtig. Die Entente hat sich um etw. anderes zu kümmern, als um diese Angelegenheit. Also ich bitte Sie sich nochmals die Sache objektiv zu prüfen, und Sie werden dann nicht zur Überzeugung kommen, dass Sie auf die Mitwirkung in der Verwaltung der Gemeinde verzichten müssen, sondern Sie werden sich vielleicht selber sagen, dass Sie stark übertrieben haben.

StR. Dr. Sohen bemerkte in seinen Schlussworten, dass dem Wunsche des StR. Sirotek die Tschechen möchten bei den Wohnungsanforderungen ebenso berücksichtigt werden als die übrige Bevölkerung selbstverständlich Rechnung getragen werden müsse. Wenn dann behauptet worden sei, dass die Arbeiterräte eine illegale Organisation seien, so sei das falsch. In einer Republik gäbe es überhaupt keine illegale Organisation, jede Organisation, welche existiere, sei legal. Zu dem werde durch den heutigen Beschluss des Stadtrates, dass den Kommissionen auch ein Mitglied des Arbeiterrates zugezogen werden solle, dieser Vertreter des Arbeiterrates zu einem legalen Vertreter. Redner wandte sich sodann gegen die Behauptung, dass diese Kommissionen parteilich vorgehen würden. Da bezüglich der Anforderungskommissionen, welche schon seit Wochen intensiv arbeiten, noch keine diesbezügliche Klage eingelaufen sei, so sei dies sicher auch von den jetzt aufzustellenden Kommissionen nicht zu erwarten. Wenn von Seite des StR. Dr. Kienböck behauptet worden sei, dass die Mehrheit des Stadtrates unter dem Diktate des Arbeiterrates stehe, so sei das nicht zutreffend. Dr. Redner habe die Zusammensetzung der

Kommissionen in der vorgeschlagenen Weise mit befürwortet, wo er noch keine Kenntnis von der Meinung des Arbeiterrates gehabt habe. Das man gerade Arbeiterräte zuziehe, das habe seinen Grund darin, dass eben der größte Teil der Bevölkerung zu denselben Vertrauen habe, und man sollte sodann nochmals darauf hinweisen, dass es im Interesse der Gesamtbevölkerung sei, wenn die Kommissionen so und nicht anders zusammengesetzt werden würde, weil es dadurch gelinge, gerade jene Kreise, welche seitens der Bevölkerung das größte Vertrauen genießen in die Verwaltung einzuführen.

Bei der Abstimmung wurde dem von Stadtrate Vaugoin gestellten Antrag, es sei den Kommissionen Arbeiterräte nicht beizuziehen, abgelehnt und der Referentenantrag zum Beschlusse erhoben.

StR. Dr. Kienböck bemerkte zu seinen Parteigenossen: Wir empfehlen uns wir haben hier nichts mehr zu suchen.

Darauf schloß Vorsitzender Dr. Winter die Sitzung.

Erhöhung der Kokepreise In der heutigen Sitzung des Stadtrates kam ein Antrag der Direktion des städtischen Gaswerkes zur Verhandlung, die Kokepreise mit Rücksicht auf die ungeheuerlich gestiegenen Gestehungskosten der Kohle, zu erhöhen und die Direktion zu ermächtigen, bis auf weiteres die notwendigen Anpassungen an die Marktverhältnisse im eigenen Wirkungskreise vornehmen zu dürfen. Der Referent StR. Kreitner führt aus, dass durch die unausgesetzte Wertung der österreichischen Krone die Betriebe in verhängnisvoller Weise betroffen werden. Niewohl die Kohle ein tschechischer Erzeugnis nicht teurer geworden sei, stellt sich doch der Meteranstner Koke für das Gaswerk im Monat Oktober auf über 48 Kronen, gegenüber 22 Kronen im Durchschnitt der vorangegangenen drei Monate. Die Ursache liegt einzig und allein darin, daß die tschechische Krone derzeit mit mehr als 3 österreichischen Kronen bezahlt werden müsse. In der Zeit vom 1. Juli bis 31. September hatte das Gaswerk einen Betriebsabgang von zusammen 3 Millionen Kronen, während im Oktober allein ein Defizit von rund 6 Millionen Kronen zu gewärtigen ist. Durch die heute vorgeschlagene Erhöhung des Kokepreises könne hiervon nur ein kleiner Teil heringebracht werden. Die Bevölkerung müsse sich mit einer ausgiebigen Erhöhung der Gaspreise vertraut machen. Der Gemeinderat habe gelegentlich der letzten Regulierung das Gaswerk ermächtigt, in dieser Beziehung den Kohlepreisen entsprechend, die Tarife zu fixieren und es werde davon gelegentlich der nächsten Gasmesserablösung, das ist mit 15. November d. J. Gebrauch gemacht werden. Wenn die Kohlepreise von Oktober als Grundlage genommen werden, würde sich ein Gaspreis von K 2.40 für den Kubikmeter ergeben. Eine derartige Steigerung sei allerdings unmöglich, doch ist ebenso ausgeschlossen, mit einem solchen Riesendefizit fort zu arbeiten. Zumal der Wiener

Markt gegenwärtig außer allfälligen Erträgen den Orten der niedrigste ist. In Linz und Salzburg beträgt der Gaspreis 140 Heller, in der Tschechoslowakei sogar gelten weit höhere Preise als hier, so z. B. in Brünn 108 Heller, in Prag, das mitten im Kohlengebiete liegt 100 Heller, was nach den derzeitigen Währungsverhältnissen mehr als 3 österreichischen Kronen entspricht. In Berlin beträgt der Gaspreis 1 Pfennig, in Frankfurt 21 Pfennige. Der Referent macht in diesem Zusammenhange den Stadtrat darauf aufmerksam, daß infolge der Sparmaßnahmen einerseits und der ungeheuren Steigerung der Kohlepreise andererseits alle großen städtischen Unternehmungen in geradem Maße in einer Lage sind, einmündig Woche für Woche sehr bedeutsame Mittel aus Gemeindemitteln erfordern. Bei der Straßenbahn haben die neuen Sparverordnungen, die am 18. Oktober in Kraft getreten sind, verheerend gewirkt. An diesem Sonntag ist ein Rückgang der Einnahmen gegenüber dem letzten Sonntag um fast 300.000 Kronen zu verzeichnen.

StR. Vaugoin wünscht, daß angesichts dieser Darstellung der Minorität die Möglichkeit geboten werde, genaues Einblick zu gewinnen und daß jedenfalls die Gaspreiserhöhung, ungeachtet der seinerzeit erteilten Vollmacht, nicht als vollzogene Tatsache greeted wird.

Der Referent führt in seinem Schlusswort aus, daß das Finanzkomitee bereits für nächste Woche einberufen sei, um sich mit den erforderlichen Maßnahmen zu beschäftigen, die zwar keine Sanierung der Gemeindefinanzen bringen können, aber doch wenigstens ein Durchhalten über die längste Zeit ermöglichen sollen. Wenn die Gaspreise anlangt wird gewiß dem Stadtrat rechtzeitig ein Bericht vorgelegt werden. Die Referentenanträge, die Kokepreise um 40 Kronen und 30 Kronen, je nach den Sorten, zu erhöhen, würden sodann ohne Widerspruch angenommen.

Straßenbahnstationen Wegen einer Straßeneinengung ist das Straßenbahngeleise in der Hausofenkykkastraße nicht befahrbar und werden daher die Züge der Linie 4 bis auf weiteres in der Richtung zum Prater über Ungargasse, Invalidenstraße, Hintere Sollnstraße, Radetzkystraße und Löwegasse geführt.